Die ver.di Branchenzeitung

www.verlage.verdi.de | www.druck.verdi.de | www.papier.verdi.de

DRUCK + PAPIER

Nr. 3 | Juli 2016 | Jahrgang 154

www.verdi-drupa.de

Collage: werkzwei, Fotos: Werner Bachmeier

Stress runter Löhne rauf

Hoher Arbeitsdruck in der Papierverarbeitung. Beschäftigte wollen Entlastung im Alter und mehr Geld | HERBERT WULFF

Die Beschäftigten der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie stehen unter Druck. Das zeigen die ersten Ergebnisse einer Befragung von ver.di. Demnach leidet ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen unter steigender Arbeitsbelastung. Zugleich fordern sie eine bessere Bezahlung. Letzteres wird bei der im Herbst stattfindenden Tarifrunde Thema werden.

»Die vorläufigen Ergebnisse zeigen klar: Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen ist hoch – zu hoch«, erklärt ver.di-Fachgruppenleiter René Rudolf. Nur jeder Vierte gehe davon aus, bis zum gesetzlichen Rentenalter im Beruf durchzuhalten. »Vor diesem Hintergrund äußern viele den Wunsch nach Entlastungsmöglichkeiten im Alter.« Sie könnten sich beispielsweise Modelle vorstellen, wonach Schichtarbeit für Ältere mit Teillohnausgleich reduziert wird. Auch die klassische Altersteilzeit, die es besonders in kleineren Betrieben kaum noch gibt, hat für die Belegschaften einen hohen Stellenwert.

Thema auch für Jüngere

Friedbert Moch, Betriebsratsvorsitzender bei Debatin im badischen Bruchsal, kann diese Aussagen nur bestätigen. »Bei uns sagen fast 60 Prozent, dass die Arbeitsbelastung zu hoch oder viel zu hoch ist«, berichtet der Interessenvertreter. »Über 80 Prozent fordern deshalb eine Entlastung älterer Kollegen.« Moch hat das durchaus überrascht. Denn die Bruchsaler Produktionsarbeiter sind mit einem Altersdurchschnitt von 42 Jahren größtenteils noch weit von der Rente weg. Dennoch ist ihnen offenbar schon jetzt klar, dass sie es zu den derzeitigen Bedingungen bis dahin nicht unbeschadet überstehen.

Das entscheidende Problem sind laut Moch die extrem kurzen Taktzeiten. »Die Maschinen geben ein enorm hohes Tempo vor, das die Kolleginnen unter Dauerstress setzt.« Betroffen seien in diesem Bereich vor allem Frauen. Zwar seien Lärm, Gerüche und andere Beeinträchtigungen infolge der technischen Entwicklung zurückgegangen. Zugleich habe aber die psychische Belastung massiv zugenommen. Neben Ausstiegsszenarien für Ältere könnte sich Moch auch die Einführung von Erholzeitpausen vorstellen, wie es sie in der Metallindustrie gibt. »Ob das erreichbar ist, weiß ich nicht – es wäre in jedem Fall sinnvoll.«

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wollen ver.di und Betriebsräte langfristig angehen, zum Beispiel mit betrieblichen Vereinbarungen. Bei der im Herbst anstehenden Tarifrunde geht es hingegen erst mal nur ums Geld. Auch das ist allerdings ein dringendes Anliegen der Kolleginnen und Kollegen, wie die Befragung zeigt. Über die Forderung entscheidet die ver.di-Tarifkommission am 22. September, die Verhandlungen beginnen am 4. November.

AUS DEM INHALT

Tarifergebnis
Druckindustrie: Ein guter oder schlechter Kompromiss? Interview und Debatte.
Seiten 4 und 5

Technische Entwicklung
Die Trends der Branchenmesse drupa. *Seite 7*

Zeitungsverleger Ippen
Strategien zur Tarifflucht.
Seiten 8 und 9

Newsletter abonnieren!
Keine Ausgabe verpassen. Der Newsletter informiert über Erscheinen und Inhalte der DRUCK+PAPIER: www.verdi-drupa.de/newsletter/

Klickt euch rein!

NÄCHSTE AUSGABE

Die nächste Ausgabe erscheint **online im September 2016**.

DIESE AUSGABE

… befasst sich naturgemäß unter anderem mit dem kürzlich erzielten Tarifabschluss für die rund 140.000 Beschäftigten in der Druckindustrie. ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke stellt sich kritischen Fragen. Kollegen aus Stuttgart und Ulm kommen zu Wort. Weitere Informationen und Einschätzungen finden sich in zwei Extra-Ausgaben der Druck+Papier, die im Juni erschienen sind: www.verdi-drupa.de

Die eine Tarifrunde ist abgeschlossen, die nächste steht vor der Tür. Im Herbst wird über Entgelte in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie verhandelt. Auch hier kann gelten: Die Wahrheit steht vor dem Werkstor. Soll heißen: Etwas erreichen kann ver.di nur, wenn viele Belegschaften bereit sind, sich an Aktionen zu beteiligen.

Fest steht: Auch die Kolleginnen und Kollegen in der Papierverarbeitung haben mehr verdient. Allein schon, weil sich der Arbeitsdruck in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat, wie erste Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung von ver.di zeigen.

Entscheidend ist nicht nur, wie viel Druck in den Tarifrunden gemacht wird. Fast noch wichtiger ist es, die Zahl der tarifgebundenen Betriebe wieder zu erhöhen. Denn diese geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Deshalb verdienen Belegschaften Unterstützung, die dafür kämpfen, Tarifverträge zu erhalten oder erstmals zu erreichen. Wie die Kolleginnen und Kollegen bei X-label in Gebesee und C.H. Beck in Nördlingen.

Foto: Astrid Sauermann

Wer erfolgreich kämpfen will, muss seine Kontrahenten und die Branche kennen. Deshalb nimmt die DRUCK+PAPIER Medienkonzerne unter die Lupe – beginnend mit Ippen. Weitere Unternehmensanalysen sollen in unregelmäßigen Abständen folgen.

Zuletzt werfen wir einen Blick zurück: Vor 150 Jahren wurde der Verband der Deutschen Buchdrucker gegründet. Schon damals verstand sich die Gewerkschaft als Solidar- und Kampfgemeinschaft. Und das ist sie bis heute. Auch außerhalb von Tarifrunden.

DANIEL BEHRUZI

STRICHÄTZUNG

Illustration: Thomas Klefisch

Weltverschlechterer

Jahrelang haben sich alle lustig gemacht über Gutmenschen und Weltverbesserer. Dabei können wir doch froh sein um jeden Einzelnen, der wenigstens versucht, mit seinen bescheidenen Mitteln aus dieser Welt einen besseren Ort zu machen. Sitzen doch an den Schaltstellen heute fast überall nur noch Weltverschlechterer. Orbàn in Ungarn, Erdoğan in der Türkei, Putin in Russland. Und jetzt stellt euch einmal vor, Donald Trump wird auch noch Präsident der USA und Marine Le Pen Präsidentin in Frankreich. Und in Deutschland sitzt in jeder zweiten Talkshow ein Hetzer der AfD. Was sind das für Aussichten und Utopien?

Die Rechtspopulisten haben weltweit eines gemeinsam: Es geht weder ihnen noch ihren Anhängern um das bessere Argument. Es geht nur darum, Dünkel und Ressentiments zu bedienen. Wider besseres Wissen. Heraus kommt Hass. Der tötet. Sie reklamieren für sich die Rechte der Demokratie nur, um sie abzuschaffen. Selbes gilt für die Werte, die sie angeblich vertreten: Aufklärung und Menschenrechte – die europäischen Werte schlechthin – werden immer dann ausgesetzt, wenn es drauf ankommt, siehe EU-Türkei-Deal. Insofern gilt: Wer aus Angst vor sozialem Abstieg rechts wählt, kann auch gleich sein Geld verbrennen – aus Angst, es könnte ihm geklaut werden.

Das Schlimme ist, dass die anderen Parteien meinen, sie könnten die AfD nur bekämpfen, indem sie selbst rechte Positionen einnehmen. Jetzt mal im Ernst: Letzten Herbst demonstrierten 250.000 Menschen gegen TTIP – eine Nachrichtenmeldung. Super-GAUland sagt einmal was über Boateng – die AfD beherrscht tagelang die Schlagzeilen. Wie sagte mein Kneipenphilosophenfreund gestern: AfD wählen ist so, als würde man das Klowasser trinken bloß weil einem das Bier nicht schmeckt.

ROBERT GRIESS

DIE MELDUNG HINTER DER ZAHL

21 Prozent verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer. Gegen diese Benachteiligung lässt sich etwas tun. Zum einen hilft es, wenn sich Belegschaften organisieren: Wo nach Tarif bezahlt wird und Betriebsräte bestehen, ist die Entgeltlücke kleiner. Zum anderen muss der Gesetzgeber aktiv werden. Doch der von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) vorgelegte Entwurf für ein »Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen« liegt seit einem halben Jahr auf Eis. Im Juni haben fünf Verbände, darunter der DGB, in einem offenen Brief an die Regierung appelliert, das Gesetz endlich zu beschließen: www.bit.ly/29m47UK

Grafik: werkzwei, Detmold

KAMPF UM TARIFBINDUNG

Hängepartie bei X-label

Erster Streik bei Etikettendrucker in Thüringen bringt Lohnerhöhung, aber noch keinen Tarif

Foto: ver.di

So etwas hat es in Gebesee noch nicht gegeben: Beschäftigte von X-label streiken am 19. Mai für einen Tarifvertrag.

Michaela T. arbeitet seit zehn Jahren als Konfektioniererin beim Etikettendrucker X-label im thüringischen Gebesee. In dieser Zeit bekamen sie und ihre Kolleginnen und Kollegen nur eine einzige kleine Lohnerhöhung – das war es. Die Folge: Die Bezahlung vieler der rund 190 gewerblich Beschäftigten liegt lediglich zwischen 8,50 und 10,00 Euro pro Stunde. »Irgendwann haben wir gesagt: Es muss sich was ändern«, berichtet Michaela T.. Die Beschäftigten wandten sich an ver.di. Mit Unterstützung der Gewerkschaft gelang vor zwei Jahren die Wahl eines Betriebsrats. Und seit Oktober vergangenen Jahres laufen Verhandlungen über eine Haustarifvertrag. Dafür hat die Belegschaft im Mai auch gestreikt – zum ersten Mal überhaupt.

»Wir hatten erst ein mulmiges Gefühl, als ver.di zum Streik aufgerufen hat«, gibt Michaela T. zu. »Doch dann war es ein Riesenerfolg; zum Schluss standen 90 Kolleginnen und Kollegen vor dem Tor.« Fünf Stunden kam die Produktion am 19. Mai in der Früh- und Spätschicht zum Erliegen. »Das hat Eindruck gemacht und gezeigt, dass die Belegschaft hinter den Tarifforderungen von ver.di steht«, ist die 41-Jährige überzeugt.

Dennoch kam es bei den Verhandlungen Ende Juni zum Eklat. Plötzlich wollte die Geschäftsleitung von früheren Zusagen nichts mehr wissen. »Es war von Anfang an klar, dass wir über einen Haustarifvertrag auf Grundlage des Flächentarifs der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie verhandeln. Dazu gehören natürlich die Eingruppierungsregeln im Lohnrahmentarifvertrag«, betont ver.di-Verhandlungsführer Michael Kopp. Doch auf einmal erklärte das Management, es wolle ein eigenes Modell zur Eingruppierung schaffen. Während Angestellte weitgehend tarifgerecht eingruppiert werden sollen, will die Geschäftsleitung die gewerblich Beschäftigten gegenüber dem Flächentarif dauerhaft schlechterstellen. Dabei sind es die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktion, die einen großen Beitrag für den Unternehmenserfolg bringen und sich am stärksten für einen Tarifvertrag einsetzen.

Rechtsanspruch nur mit Tarifvertrag

Auch Fragen wie die Verkürzung der Arbeitszeiten und Verbesserungen bei der Jahressonderzahlung, auf die sich beide Seiten längst verständigt hatten, stellte die Unternehmensleitung wieder infrage. »Die X-label-Spitze verfolgt offenbar eine Hinhaltetaktik, um die Kolleginnen und Kollegen zu verunsichern«, kritisiert Kopp. Kombiniert wurde dies mit einseitig erklärten Lohnerhöhungen von sechs Prozent für Arbeiter/innen und drei Prozent für Angestellte. »Dass es nach all den Jahren überhaupt Einkommensverbesserungen gibt, ist eindeutig auf die Proteste der Belegschaft zurückzuführen«, meint ver.di-Sekretärin Monika Helfensritter. »Aber es ist auch klar: Nur mit Tarifvertrag besteht ein Rechtsanspruch für jedes Gewerkschaftsmitglied.« Einseitige oder betriebliche Regelungen könnten jederzeit geändert werden. Deshalb werden sich die Kolleginnen und Kollegen jetzt nicht damit zufriedengeben, sondern weiter auf einen Tarifvertrag drängen, so Helfensritter.

»Ohne die Gewerkschaft wäre hier gar nichts passiert«, ist Michaela T. überzeugt. Mittlerweile ist ein Großteil der Produktionsmannschaft in ver.di organisiert. Individuelle Bitten um mehr Geld seien in der Vergangenheit stets ignoriert worden, berichtet die Konfektioniererin. Sie findet es traurig, dass man sich auch nach mehreren Verhandlungsmonaten immer noch nicht auf Regelungen zur Eingruppierung geeinigt hat. »Wir wollen ja nicht mehr als das, was uns zusteht – und dann endlich wieder in Ruhe unsere Arbeit machen.« Die ver.di-Tarifkommission, der sie angehört, sei dazu stets gesprächs- und kompromissbereit. **-dab**

Cartoon: Reinhard Alff

PRO & CONTRA

Ein guter oder schlechter Kompromiss?

Jeder Tarifabschluss ist ein Kompromiss. Denn selten setzt eine Seite alle ihre Forderungen durch. Doch es stellt sich die Frage: Ist es ein guter oder schlechter Kompromiss? Hat ver.di alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Hätte mehr herauskommen können? Diese Debatte gibt es auch über den im Juni erzielten Tarifabschluss für die Druckindustrie. Manche Kolleginnen und Kollegen, die mehrfach und länger gestreikt haben, sind unzufrieden. Andere sind froh, Schlimmeres abgewendet zu haben. Für beide Sichtweisen gibt es gute Argumente. Wir lassen an dieser Stelle zwei Kollegen mit unterschiedlichen Bewertungen zu Wort kommen, stellvertretend für andere.

Foto: ver.di

Erich Ruf, Betriebsratsvorsitzender bei der CPI Ebner & Spiegel GmbH in Ulm

»Es ist uns gelungen, den Flächentarif zu erhalten. Das ist für mich und meine Kolleginnen und Kollegen ganz zentral. Denn zu versuchen, Lohnerhöhungen über Haustarifverträge zu erreichen, wäre in vielen Betrieben sehr schwer geworden. Das gilt besonders für die Buchherstellung, wo etliche Unternehmen rote Zahlen schreiben. Unter diesen Bedingungen ist der Flächentarifvertrag Gold wert. Vielleicht könnten einzelne Belegschaften in Haustarifverhandlungen mehr rausholen. Aber der große Rest würde hinten runterfallen.

Wichtig ist, dass die Tabellenentgelte in den 29 Monaten um insgesamt 3,8 Prozent erhöht werden. Das schlägt sich auch bei Zuschlägen, bei der Jahressonderzahlung und im Urlaubsgeld nieder. Und es wirkt dauerhaft. Von Einmalzahlungen hätten wir nicht so viel gehabt. Wegen der niedrigen Preissteigerung bleibt unterm Strich einiges hängen. Deshalb kommt der Abschluss bei uns im Betrieb gut an.«

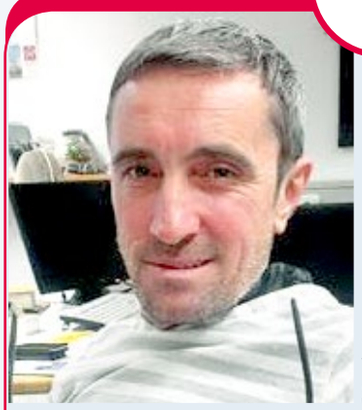


Foto: privat

Samir Alicic, Betriebsratsvorsitzender der Pressehaus Stuttgart Druck GmbH

»Die Kolleginnen und Kollegen in meinem Betrieb sind enttäuscht – und ich bin es auch. Ich empfinde dieses Tarifergebnis als den größten Tiefschlag der vergangenen Jahre. Wir liegen fast 70 Prozent unter der ursprünglichen Forderung. Das ist einfach nicht akzeptabel. Unser Ziel, nicht weiter von der Lohnentwicklung anderer Branchen abgehängt zu werden, haben wir eindeutig verfehlt. Etliche Kollegen wollten austreten. Es waren viele Diskussionen nötig, um sie davon abzuhalten. Als schlimm habe ich auch empfunden, dass die streikenden Belegschaften den Preis dafür zahlen müssen, einen Abschluss in der Fläche zu ermöglichen. Die Kommunikation gegenüber den Verantwortlichen in den Streikbetrieben ist stark verbesserungsfähig.

Im Stuttgarter Pressehaus haben wir insgesamt sieben Schichten gestreikt. Im Druckbereich, aber auch in der Vorstufe und der Weiterverarbeitung waren fast alle dabei. Wir wären auch noch steigerungsfähig gewesen. Aber offenbar war das nicht überall so. Das ist schade.«

TARIFRUNDE 2016

Infos zum Tarifkonflikt

Der Abschluss: Die Beschäftigten in der Druckindustrie erhalten eine Lohnerhöhung von 3,8 Prozent in zwei Stufen. Die erste Erhöhung von zwei Prozent wurde am 1. Juli fällig, die zweite Erhöhung von 1,8 Prozent wird ab August 2017 gezahlt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 29 Monaten bis 31. August 2018.

Die Streiks: Rund 3.000 Beschäftigte aus 46 Betrieben haben die Arbeit niedergelegt. Manche Belegschaften streikten über sechs oder sieben Schichten. Den streikstarken Belegschaften ist es zu verdanken, dass letztlich ein Tarifergebnis erzielt und der Flächentarifvertrag erhalten werden konnte.

Die Chronologie: Beim Verhandlungsauftakt am 7. April in Berlin legte der Arbeitgeberverband kein Angebot vor. ver.di begründete die Forderung von fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt. In der zweiten Verhandlungsrunde am 3. Mai bot der Arbeitgeberverband 1,2 Prozent bei einer Laufzeit von 18 Monaten. ver.di bewertete dies als indiskutabel. Vor dem dritten Treffen am 24. Mai legten etliche Belegschaften die Arbeit nieder. ver.di schlug einen Abschluss von 4,5 Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von 24 Monaten vor, was den bis dahin erreichten Abschlüssen in anderen Branchen entsprach. Die Arbeitgeber lehnten ab. Die Warnstreiks wurden fortgesetzt und bis zum Abschluss durchgehalten. Erst nach einer langen Verhandlungsnacht kam es in den Morgenstunden des 14. Juni zu einem Abschluss, dem die ver.di-Tarifkommission am 22. Juni bei einer Gegenstimme zustimmte. **-mib**

DRUCK+PAPIER Extra zur Tarifrunde

Im Juni sind zwei Extra-Ausgaben der DRUCK+PAPIER erschienen, die sich mit der Tarifauseinandersetzung in der Druckindustrie und ihrem Ergebnis beschäftigen.

Sie können hier online gelesen werden: www.verdi-drupa.de

INTERVIEW MIT FRANK WERNEKE

»Der Flächentarif stand auf der Kippe«

Mit nur einer Gegenstimme hat die ver.di-Tarifkommission dem Tarifabschluss in der Druckindustrie zugestimmt. Kurz nach der Sitzung befragte DRUCK+PAPIER den Verhandlungsführer Frank Werneke zum Ergebnis.

DRUCK+PAPIER: *Bist du zufrieden mit dem Abschluss?*
Frank Werneke: Nach einer solchen Tarifrunde bin ich vor allem erleichtert, dass wir ein Ergebnis haben. Ob es überhaupt gelingt, wieder einen Flächentarifvertrag für die Druckindustrie abzuschließen, stand in dieser Tarifrunde ein paar Mal auf der Kippe. Wir haben in diesem Arbeitskampf, glaube ich, herausgeholt, was herauszuholen war.

Bist du zufrieden?
Ich finde, wir haben ein respektables Ergebnis erzielt.

Aber ver.di hat das selbst gesteckte Ziel verfehlt, dass die Belegschaften in der Druckindustrie nicht abgehängt werden.
Bei einer Lohnerhöhung von 3,8 Prozent kann von Abhängen nicht die Rede sein. Mir sind die Schwächen des Ergebnisses bewusst, insbesondere die lange Laufzeit von 29 Monaten.

Aber die 3,8 Prozent, die wir erreicht haben, sind tabellenwirksam, wirken also dauerhaft. Sie zählen auch bei der Berechnung der Zuschläge, dem Urlaubsgeld und der tariflichen Jahresleistung. Ganz anders als die vom Arbeitgeberverband vorgeschlagenen Einmalzahlungen. Diese haben wir deshalb verhindert.

Dennoch ist ver.di etwa ein Prozentpunkt hinter den Abschlüssen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst geblieben.
Das ist richtig. Hinter diesen Abschlüssen bleiben wir mit unserem Ergebnis zurück. Wir haben es in der Druckindustrie seit Jahren mit einer Situation zu tun, die deutlich anders ist als etwa in der metallverarbeitenden Industrie. Unsere Branche ist durch Insolvenzen und Schließungen belastet, durch den massiven Abbau von Arbeitsplätzen und einen harten Preiskampf. Unter diesen Bedingungen ist der Abschluss durchgesetzt worden. Mühsam erkämpft, möglich nur durch die Streiks.

Siehst du in der Streikbeteiligung ein Problem? Schließlich haben weniger tarifgebundene Betriebe die Arbeit niedergelegt als etwa 2011.
Im Vergleich zu anderen Branchen müssen wir uns nicht verstecken. So ist der Anteil der streikenden Kolleginnen und Kollegen in der Druckindustrie höher als zum Beispiel in der Metallverarbeitung. Wir wissen aber auch, dass wir sehr viel mehr Beschäftigte vor die Tore bekommen müssen, als das in anderen Branchen der Fall ist, damit sich der hartleibige Druck-Arbeitgeberverband bewegt. Ein Problem sehe ich darin, dass die Streikbeteiligung von Nicht-Zeitungsbetrieben zu schwach ist.

Aber unterm Strich hältst du die Streikbeteiligung für ausreichend?
Was nicht ausreichend ist, ist die Zahl der tarifgebundenen Betriebe. Es gibt viel zu viele Druckereien, die zwar Mitglied im Unternehmerverband sind und dort auch großen Einfluss haben, aber den Tarifvertrag nicht vollständig

Foto: Stefanie Herbst

Seit 15 Jahren leitet Frank Werneke für ver.di die Verhandlungen in der Druckindustrie.

anwenden. Gleichwohl orientieren sich die Arbeitgeber oftmals am Tariflohn. Der Lohntarif ist unverändert Leitwährung, selbst in formal nicht tarifgebundenen Betrieben. Auch wenn andere Regelungen der Tarifverträge in tariflosen Betrieben nicht angewandt werden, etwa bei der Arbeitszeit. Wir werden in der Zukunft also viel Energie in das Ziel stecken müssen, diese Belegschaften zum Streiken zu bewegen. Schließlich profitieren auch sie von guten Lohnabschlüssen.

Was wünschst du dir für den 31. August 2018? An dem Tag endet die Friedenspflicht für den jetzt abgeschlossenen Lohntarifvertrag.
Wir müssen diesen Negativtrend aufhalten, dass es immer weniger tarifgebundene Betriebe gibt. Mein Ziel ist es, in der nächsten Tarifrunde mit mehr Belegschaften an den Start zu gehen, die unter Tarifschutz stehen.

INTERVIEW: MICHAELA BÖHM

Foto: Phillip Klaus

Beschäftigte der Firma Bosch-Druck im Streik

TARIFERGEBNISSE

In den vergangenen Wochen haben Beschäftigte der Druckindustrie, der Verlage und Redaktionen vielerorts gemeinsam gestreikt. Das hat alle gestärkt. Auch für Redakteure und einen Teil der Verlagsangestellten hat ver.di nun Abschlüsse erzielt.

Redaktionen

Die Gehälter und Honorare der über 14.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten steigen zum 1. Juni 2016 um 1,5 Prozent und zum 1. August 2017 um weitere 1,6 Prozent. Die Laufzeit des neuen Gehaltstarifvertrags beträgt 24 Monate bis Ende 2017. ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke betonte, die Tarifvereinbarung gelte erstmals ohne Abstriche auch für Freie und Pauschalisten. »Auch die Forderung der Verleger nach einem Sonderopfer für die Journalistinnen und Journalisten in den norddeutschen Bundesländern konnte abgewehrt werden. Das ist eine gute Nachricht.«

Zeitungsverlage

Die Beschäftigten der bayerischen Zeitungsverlage erhalten im Juli 2016 und im April 2017 jeweils 1,9 Prozent mehr Geld. Der Tarifabschluss sei in etwa gleichwertig mit dem Tarifvertrag für die Druckindustrie, erläuterte ver.di-Verhandlungsführerin Christa Hasenmaile. Die Laufzeit beträgt 29 Monate bis Ende April 2018.

Buchverlage

Im Juni hat ver.di auch einen Tarifvertrag für die Buchverlage in Baden-Württemberg abgeschlossen. Die Beschäftigten erhalten demnach ab Juni 2016 eine Gehaltserhöhung von 2,0 Prozent und ab Mai 2017 von weiteren 1,5 Prozent. Die Vereinbarung gilt für 23 Monate, bis zum 31. März 2018.

Foto: Martha Richards

Podiumsdiskussion mit Betriebsräten, Gewerkschaftern, Unternehmern und einem Wissenschaftler

Verlage ohne Plan

Medienunternehmen haben keine gemeinsame Strategie – außer Kosten zu senken

Ein »Tsunami« fege über die Medienbranche hinweg, sagte der Unternehmensberater Christian Hasselbring auf einer Konferenz von Betriebsräten aus Zeitungsverlagen am 5./6. Juli in Berlin – ein apokalyptisches Bild. Der ersten Welle der Digitalisierung werde eine zweite, noch gewaltigere folgen. Dazu zeigte Hasselbring ein Foto mit einer Tsunami-Welle, die auf eine südostasiatische Küste trifft. Die unmissverständliche Botschaft: Es wird Opfer geben. Und zwar unter den Verlagen und ihren Beschäftigten.

Wie die Medienunternehmen dieser Entwicklung begegnen, stellten die Geschäftsführer Mathias Dietzen-Blanke von der *Nordsee-Zeitung* und Klaus Schrotthofer von der *Neuen Westfälischen* bei einer Podiumsdiskussion dar. Dietzen-Blanke erklärte, man wolle mit einer »Mehrmarkenstrategie« gezielt unterschiedliche Gruppen ansprechen. Schrotthofer gab zu, die deutschen Verlage hätten in den vergangenen Jahren viele Chancen verpasst. Sein Unternehmen setze vor allem darauf, sich als regionale »Kommunikationsplattform« zu etablieren.

Die folgende Debatte machte klar, dass eine einheitliche Strategie der Verleger nicht in Sicht ist. Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Frank Werneke erkannte vielmehr eine »gewisse Konzeptlosigkeit«, gepaart mit einer »Radikalisierung«. Letztere machte er daran fest, dass insbesondere große Konzerne vor allem auf die Senkung der Arbeitskosten setzten. »Als Mittel dazu dient ein perfektioniertes System von Tarifflucht durch Zergliederitis.« Die Unternehmen würden in immer kleinere Einheiten unterteilt, um Mitbestimmung und Tarifverträge zu umgehen, obwohl das für die Arbeitsorganisation alles andere als sinnvoll sei. Die Betriebsräte und ver.di müssten darauf Antworten finden – zum Beispiel indem sie stärker ganze Konzerne in den Blick nehmen und versuchen, dort einheitliche Regelungen durchzusetzen.

Karin Wagner von der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* hob hervor, wie bedeutend gerade vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen die Qualifizierung der Beschäftigten ist. »Das Betriebsverfassungsgesetz gibt uns hier Durchsetzungsmöglichkeiten – wir müssen sie nur nutzen«, sagte sie zu den versammelten Betriebsräten. Wichtig sei auch, die betrieblichen Interessenvertreter stärker zu vernetzen. Die mit rund 70 Teilnehmer/innen gut besuchte Konferenz war dazu ein wichtiger Anfang. **-red**

Jugendvertretung – im Herbst wird gewählt

Im Oktober und November finden die turnusgemäßen Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) statt. DRUCK+PAPIER erklärt, worum es geht.

Warum brauchen wir eine JAV? Die JAV vertritt die Interessen von Azubis und jungen Beschäftigten. Gemeinsam mit Betriebsrat und Gewerkschaft setzt sie sich für eine hohe Ausbildungsqualität, angemessene Vergütung und Übernahme nach der Ausbildung ein.

Wer darf wählen? Alle jugendlichen Beschäftigten unter 18 Jahren und alle Azubis unter 25 Jahren.

Wo wird gewählt? In Betrieben mit Betriebsrat und mindestens fünf Wahlberechtigten.

Wer organisiert die Wahl? Der Betriebsrat bestellt einen Wahlvorstand, der die Wahl organisiert.

Wann wird gewählt? Der genaue Wahltermin richtet sich nach dem Ende der Amtszeit der vorherigen JAV. Gibt es noch keine, kann der Termin frei festgelegt werden. Am besten findet die Wahl vom 14. bis 18. November statt – dann sind die neuen Azubis mit dabei.

Welche Aufgaben hat die JAV? Sie achtet auf die Einhaltung von Gesetzen und Tarifverträgen. Sie ist Ansprechpartner bei Problemen.

Alles zur JAV-Wahl:
www.jav.info

JAV wahlen

DRUPA 2016

Messe Düsseldorf/ctillmann

Faszinierend und beängstigend

Die drupa 2016 ist vorbei. Was bleibt, sind eine Menge Eindrücke. DRUCK+PAPIER hat dazu Kollegen gefragt, die die größte Messe für Printmedien in Düsseldorf besucht haben, und Konrad Kehrl, der für uns ganz genau hingeschaut hat. | MICHAELA BÖHM

Jürgen Burek, 46, Drucker und Betriebsrat bei Mayer & Söhne in Aichach:

»Die drupa ist so riesig, dass man einige Tage bräuchte, um alles zu sehen. Ich war das erste Mal dort und dachte eigentlich, ich könnte mir die neuesten Zeitungsrotationen anschauen. Nix da. Die würden aus Kostengründen nicht präsentiert. Zum Teil ziehen die Hersteller regelrechte Shows ab. Wie bei Benny Landa, dem Erfinder des Nano-Drucks. Mich hätte mal die Qualität interessiert, aber die Bögen, die produziert werden, darf man gar nicht in die Hand nehmen. Der Digitaldruck beherrschte wirklich die ganze Messe. Wenn die Entwicklung so weitergeht, hat sich der Offset bald erledigt.«

Bruno Stiehle, 57, Drucker, Betriebsrat bei Ebner & Spiegel in Ulm:

»Fasziniert hat mich die Druckmaschine, die Heidelberger für den Akzidenz- und Verpackungsdruck vorgestellt hat. Autonomes Drucken, sagt die Firma dazu. Die Maschine macht alles selbständig, der Mensch ist nur noch da, um einen Prozess zu stoppen. ›Push to stop‹, nennt das Heidelberger. Von Druckern war auch nicht mehr die Rede, nur von einem Maschinenbediener. Der wird reduziert aufs Papier auspacken und Palette rausfahren. Ich finde das beängstigend; in einer schrumpfenden Branche bedeutet diese Optimierung der Abläufe weiteren Stellenabbau und das Verschwinden von Betrieben.«

Bernd Bolte, 61, Drucker und Betriebsrat beim *Weser-Kurier* in Bremen:

»Die technischen Sprünge, allein von der letzten zu dieser drupa, sind wirklich beachtlich. Zum Beispiel die Weiterverarbeitung von manroland. Damit ist es möglich, morgens Bücher, mittags Broschüren, nachts Zeitungen und zwischendrin womöglich Beilagen zu drucken. Noch ist der Digitaldruck für die Zeitungsproduktion uninteressant, weil er zu langsam ist. Aber wenn die Auflagen weiter sinken und die Produktionsgeschwindigkeit beim Digitaldruck steigt, kann man irgendwann auch 100.000 Zeitungsexemplare in wenigen Stunden drucken. Das betrifft dann auch uns.«

INTERVIEW MIT KONRAD KEHRL

Foto: privat

Konrad Kehrl hat Offsetdrucker gelernt und viele Jahre als Produktmanager bei Heidelberger Druckmaschinen gearbeitet. Heute ist er als Berater für umweltfreundliche Feuchtmittel im Offsetdruck tätig.

DRUCK+PAPIER: *Was hat dich am meisten beeindruckt?*

Kehrl: Die weitere technische Entwicklung des Digitaldrucks. Der Computerhersteller Hewlett Packard war größter Aussteller und hat gezeigt, dass sich im Digitaldruck fast alles bedrucken lässt: von der dünnen Inmould-Folie, dabei wird Dekor auf Flaschen aufgeschmolzen, bis zu dicker Wellpappe oder Bällen. Und bei der Qualität ist der Digitaldruck vom Offsetdruck kaum mehr zu unterscheiden. Allerdings ist die Produktionsgeschwindigkeit noch zu langsam, um dem Offset echte Konkurrenz zu machen. Aber für kleine Auflagen ist er erste Wahl.

Ist Print 4.0 in Sicht?

Kommt darauf an, was man darunter versteht. Kein Maschinenhersteller möchte hinter diesem Hype zurückbleiben. Also hat jeder auch etwas zu Print 4.0 zu sagen. Oft steckt dahinter aber lediglich eine weitere Automatisierung. Die vernetzte, vollautomatische Druckfabrik, in der Maschinen untereinander Informationen austauschen und selbständig Jobs generieren, ist noch nicht in Sicht.

Wird die Druckindustrie mehr oder weniger Facharbeit brauchen?

Gerade weil der Digitaldruck so enorme Sprünge macht, werden sich Offsetdrucker darauf einstellen müssen, in den Digitaldruck zu wechseln. Die Hersteller werben zwar damit, dass Drucken künftig ohne Fachkräfte funktioniert. Aber gerade wegen der hohen Automation, der kompakten digitalen Technik und der hohen Druckgeschwindigkeiten wird es erst recht auf Druckexperten ankommen, die Druckqualität beurteilen können.

Ausführlicher Bericht zur drupa von Konrad Kehrl: www.verdi-drupa.de

Foto: Werner Bachmeier

Wer nicht spurt ...

Mal wird er als Regionalzeitungsfürst bezeichnet, mal als Großverleger. Fakt ist: Dirk Ippen, 75, besitzt etliche Zeitungen, viele Anzeigenblätter und ein paar Druckereien. Mit seiner Verlagsgruppe rangiert er auf dem Gesamtmarkt der Zeitungen auf Platz 6, zwischen Madsack und der *Augsburger Allgemeinen.* Doch was in Online-Nachschlagewerken, Verlegerporträts und Ranglisten nicht steht, interessiert DRUCK+PAPIER: Wie sind die Arbeitsbedingungen in Ippen-Betrieben? Was treibt die Beschäftigten um? | MICHAELA BÖHM

Stellt man sich Vorgänge gern plastisch vor, sollte man an eine Landkarte denken. Die war einst übersät mit roten Stecknadeln. Überall dort, wo in einem Ippen-Betrieb der Tarifvertrag angewandt wurde, steckte eine. Doch jetzt sind kaum mehr welche übrig. Eine Stecknadel nach der anderen verschwindet und eine Tarifbindung nach der anderen kippt. Auf dem Weg dahin spielen Ippens Geschäftsführer Standort gegen Standort aus, Belegschaft gegen Belegschaft. Und wer nicht spurt, spürt Druck.

So wie die fast drei Dutzend Beschäftigten der Satztechnik beim Kreisboten-Verlag Mühlfellner in Weilheim. Geschäftsführer Daniel Schöningh, der Neffe von Ippen, will die Satztechnik des Anzeigenblatts bis Ende August dichtmachen. Arbeitsplätze bietet er stattdessen in Penzberg an: ab dem zweiten Jahr mit einer 40-Stunden-Woche, davon fünf Stunden unbezahlt, und sofort ohne Tarifvertrag. Wer das nicht akzeptiert, wird entlassen. Über Regelungen für den Betriebsübergang nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch will Ippens Neffe nicht mit dem Betriebsrat verhandeln. Der würde den Beschäftigten in der neuen Firma ihre alten Rechte sichern. Aber das lehnt der Arbeitgeber ab.

Die Strategie im Hause Ippen ist stets die gleiche: Den Beschäftigten wird Angst gemacht, dass sie ihren Job verlieren. Daraufhin unterschreiben sie Einzelarbeitsverträge zu schlechteren Bedingungen, der Arbeitgeber tritt aus dem Unternehmerverband aus und versucht, die Tarifbindung loszuwerden.

Zurück ins Jahr 2014. Die Druckerei in Weilheim ist dichtgemacht, eine neue, tariflose Ippen-Druckerei in Penzberg aufgemacht worden. Jetzt besitzt das Ippen-Geflecht drei Druckereien auf kurzer Distanz: die beiden tarifgebundenen in Wolfratshausen und in der Dessauerstraße in München sowie die tariflose in Penzberg. Zwischen denen werden nun die Aufträge hin- und hergeschoben. Die Folge: In der Dessauerstraße wird die Arbeit knapp, zehn Prozent der Belegschaft erhalten die Kündi-

Beteiligungen Ippens an Zeitungen und Druckereien, ohne Anzeigenblätter

Quelle: Formatt-Institut, eigene Recherche

gung. Zwischenzeitlich wechselt das Druckhaus beim Arbeitgeberverband in die Mitgliedschaft ohne Tarifbindung und legt den Beschäftigten neue Arbeitsverträge vor. Auch hier mit einer 40-Stunden-Woche. Sollten sie nicht unterschreiben, würde das Ippen-Boulevardblatt *tz* künftig woanders gedruckt. Aus Angst, bald ohne Arbeit dazustehen, unterschreiben die meisten. Weg ist der Tarifvertrag.

Daraufhin werden die Aufträge wieder zurück in die Dessauerstraße geholt und die Druckerei in Wolfratshausen geschlossen. Kurzum: Die einst tarifgebundenen Druckereien Weilheim und Wolfratshausen gibt es nicht mehr, die in Penzberg und der Dessauerstraße sind tariflos. Nicht anders hat der Ippen-Geschäftsführer beim Zeitungsdruck Dierichs in Kassel agiert. Die Botschaft des dortigen Geschäftsführers an den Betriebsrat: Ist die Belegschaft nicht bereit, künftig fünf Stunden gratis zu arbeiten, werden Druckaufträge abgezogen. Tut sie es, wird in eine neue Versandanlage investiert. »Auf lange Sicht haben die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit dem Verzicht auf bezahlte Arbeit die Versandanlage selbst finanziert«, erklärt eine Gewerkschaftssekretärin. Immer wieder berichten Betriebsräte davon, dass sie von den Geschäftsführern unter Druck gesetzt werden. Und immer mal wieder wird ein Betriebsrat für Wohlverhalten belohnt.

Monatlich bis zu 800 Euro weniger

Anders beim *Oberbayerischen Volksblatt* in Rosenheim. Von der Redaktion über den Verlag bis zur Druckerei sind alle unter einem Dach und tarifgebunden. Doch obwohl Ippen über ein verschachteltes Konstrukt nur eine Minderheitsbeteiligung hält, übt er auch hier Druck aus. Zwei Druckaufträge wurden abgezogen, die nun in Ippen-Druckerei erledigt werden. Jetzt fehlte auch in Rosenheim Arbeit. Doch statt Beschäftigte zu entlassen, vereinbarte der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung auf Grundlage des Tarifvertrags, die Arbeitszeit auf 32,5 Wochenstunden für alle im Druckzentrum zu verkürzen. Der Betriebsrat hofft, dass die bis Ende August befristete Maßnahme nicht verlängert werden muss.

Ein Blick in die Arbeitsverträge genügt, um zu wissen: Unter Tarif zu beschäftigen, lohnt sich für Ippen. Allein in Penzberg verdient jeder Drucker jeden Monat bis zu 800 Euro netto weniger, nicht eingerechnet sind die fünf zusätzlichen, unbezahlten Arbeitsstunden pro Woche. »Im Schnitt muss bei uns jeder auf rund 15 Prozent Gehalt verzichten«, sagt Betriebsratsvorsitzender Axel Sonntag, seitdem die *Kreiszeitung Syke* die Tarifverträge im Druck, im Verlag und in der Redaktion nicht mehr anwendet.

Die 35-Stunden-Woche, Maschinenbesetzung und andere Tarifregelungen hält der Verlagsjurist Harald Brenner für nicht mehr zeitgemäß. »Wir sind der Überzeugung, dass wir auch ohne Anwendung des Flächentarifvertrags vernünftige Arbeitsbedingungen mit den Interessenvertretungen vereinbaren können.« Anders gesagt: ver.di soll draußen bleiben.

Wie die Arbeitsbedingungen aussehen, erzählen Beschäftigte aus der Penzberger Druckerei. Weil sie um ihren Job fürchten, wenn sie sich öffentlich negativ äußern, möchten sie ihren Namen nicht nennen. Helfer gibt es keine mehr, die Fachkräfte in der Rotation machen jeden Job – und das im Laufschritt. »Nachts renne ich nicht selten 600 Treppenstufen hoch und runter«, erzählt einer. »Mir tun oft die Knochen weh.« Das Personal ist knapp. »Zwei Drucker für drei Türme, einer im Rollenkeller, das ist normal«, sagt ein anderer. Und weit weg von der tariflichen Maschinenbesetzung. »Man schafft mehr und verdient weniger.«

INTERVIEW MIT HORST RÖPER

»Sein Ziel ist es, Platzhirsch zu werden«

DRUCK+PAPIER: *Das Geflecht von Ippens Beteiligungen ist undurchschaubar. Warum ist das so?*
Röper: Undurchschaubar ist es nicht, aber schwer darzustellen. Die Minderheits-, Mehrheits- und Überkreuzbeteiligungen sind zum Teil auch dem Kartellrecht geschuldet. Dirk Ippen hat kreuz und quer kleine, oft unbedeutende und sanierungsbedürftige Zeitungen gekauft und sie mal an den einen Verlag, mal an einen anderen angegliedert.

So ganz kreuz und quer ist das nicht. Ganz Nordhessen ist zeitungstechnisch in der Hand von Ippen …
Richtig, das ist auch etwa im Süden des Märkischen Kreises nach etlichen Aufkäufen so ähnlich. Sein Ziel ist es, Platzhirsch zu werden. Ippen hat auf zwei Dinge Wert gelegt: Die Zeitungen, die er kaufte, sind Erstzeitungen. Wer sie richtig führt, verdient Geld damit. Und: Er ist die Nummer eins auf dem Werbemarkt. Konkurrenz spielt er an die Wand und an Absprachen zu Verbreitungsgebieten, wie sie unter Verlegern üblich sind, hält er sich nicht. Ippen ist ein Mann des Wettbewerbs.

Horst Röper vom Forschungsinstitut FORMATT in Dortmund beobachtet seit Jahren die Entwicklungen auf dem Zeitungsmarkt.

Foto: privat

Was unterscheidet ihn von anderen Verlegern?
Er kennt den Zeitungsmarkt und die Eigentümerstrukturen aus dem Effeff. Und er stampft Zeitungen nicht ein. Das hat er nur einmal mit einer kleinen Zeitung gemacht, was er später als ›Sündenfall‹ bezeichnete. Den Kahlschlag, den andere Verleger während Krisenzeiten in Verlagen angerichtet haben, gab es bei ihm auch nicht.

Ippen ist 75, wie wird es weitergehen?
Er wird vermutlich nicht mehr in fremde Regionen vorstoßen und Zeitungen nur noch dort kaufen, wo sie in sein Imperium passen, wie bei der *Waldeckischen Landeszeitung,* die Madsack verkaufte.

Die Person Dirk Ippen

Die ersten Schritte als Verleger machte Dirk Ippen beim *Westfälischen Anzeiger* in Hamm. Dort stieg er mit dem Geld seines Vaters als Minderheitsgesellschafter ein. Zunächst kaufte Ippen kleine Lokalzeitungen, weil ihm das Geld für größere fehlte, wie er in einem Interview sagte.

Heute gehören ihm große und kleine Tageszeitungen, das Boulevardblatt *tz* in München, viele Anzeigenblätter und deutschsprachige Zeitungen in Spanien. Außerdem hält er Anteile an Internetportalen, an zwei Telefonbuchverlagen sowie an privaten Lokalsendern.

Auch wenn Angaben zu seinem Vermögen nicht nachprüfbar sind: 2013 stand Dirk Ippen noch mit 550 Millionen Euro in der Liste der 500 reichsten Deutschen. Ein Jahr darauf waren es nach der Erhebung des *Manager Magazins* weniger als halb so viel. Er habe die Hälfte verschenkt, erklärte Verleger Dirk Ippen dem Magazin *stern.*

Nutznießer sind der Verlagsjurist Harald Brenner und Ippens Neffe Daniel Schöningh, der zahlreiche Ippen-Firmen leitet. Noch hält Ippen in seiner Verlagsgruppe 51 Prozent und hat das Sagen. Der promovierte Jurist gibt gern Gedichtbände heraus, etwa »Jeder Atemzug für dich«.

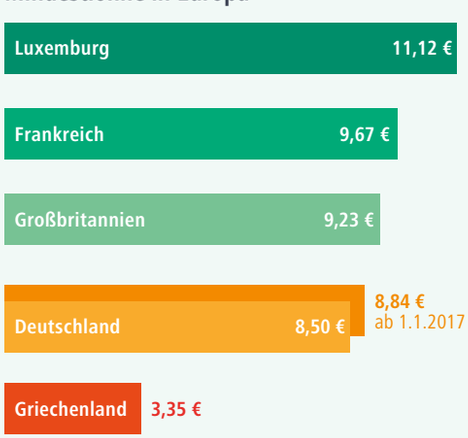
Deutschland liegt zurück

Mindestlohn steigt auf 8,84 Euro – und bleibt damit unter dem Niveau anderer westeuropäischer Staaten | HERBERT WULFF

Der gesetzliche Mindestlohn ist eine große Errungenschaft. Rund vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben laut Statistischem Bundesamt von dessen Einführung vor anderthalb Jahren profitiert – jeder zehnte Beschäftigte. Doch die Lohnuntergrenze verhindert nicht in jedem Fall Armut. Denn wer bei 45 Versicherungsjahren in Vollzeitarbeit nicht wenigstens 11,68 Euro pro Stunde verdient, bekommt eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Auch die 8,84 Euro, auf die der Mindestlohn zum Jahreswechsel steigen soll, liegen weit unter dem nötigen Niveau.

Frank Bsirske bedauerte die Ende Juni bekannt gegebene Entscheidung der Mindestlohnkommission, auch in den kommenden zwei Jahren unter der Neun-Euro-Marke zu bleiben. »Damit bleibt der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland deutlich hinter denen der westeuropäischen Nachbarländer zurück«, stellte der ver.di-Vorsitzende fest. In Luxemburg und Frankreich, aber auch in Irland und Belgien muss Arbeitskräften laut Gesetz wesentlich mehr bezahlt werden. Hinzu kommt: Rund eine Million Geringverdiener sind vom Mindestlohn ausgeschlossen. Für Langzeitarbeitslose, Jugendliche unter 18 Jahren, Saisonarbeiter und Zeitungszusteller gelten Ausnahmen. Stefan Körzell vom DGB-Bundesvorstand, der als Gewerkschaftsvertreter in der Mindestlohnkommission sitzt, betonte dennoch: »Aus unserer Sicht ist das Glas etwas voller als halbleer.«

Mindestlöhne in Europa



Gesetzliche Mindestlöhne, Euro pro Stunde, Januar 2016, Quelle: WSI

Auch nach der geplanten Erhöhung auf 8,84 Euro pro Stunde liegt der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland unter dem der meisten anderen Länder Westeuropas. In den südlichen Krisenländern und den Staaten Osteuropas ist die Lohnuntergrenze allerdings noch deutlich niedriger.

Thomas Plassmann

Unzureichende Kontrollen

In vielen Fällen versuchen Unternehmen, den Mindestlohn gesetzeswidrig zu umgehen – zum Beispiel indem sie Zuschläge und Einmalzahlungen einrechnen oder bei der Arbeitszeit tricksen. Kontrollieren soll das die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls. Doch diese hat viel zu wenig Personal. Von den versprochenen 1.600 zusätzlichen Stellen bis 2019 ist noch nicht viel zu sehen. Nötig wären laut DGB ohnehin mindestens 10.000 neue Kontrolleure.

Eigentlich müsste der gesetzliche Mindestlohn gerade zu Beginn intensiv kontrolliert werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Laut Bundesregierung ist die Zahl der Mindestlohnkontrollen 2015 gegenüber dem Vorjahr um knapp 20.000 zurückgegangen. Fast immer ging es dabei um Branchenmindestlöhne. Das heißt: Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wird so gut wie nicht überprüft.

Damit das so bleibt, will die CSU, dass nicht mehr der Zoll, sondern die Rentenversicherung für die Kontrollen zuständig ist. Diese prüft in der Regel nur alle vier Jahre. Die relevanten Dokumente zum Mindestlohn müssen aber nur zwei Jahre lang aufbewahrt werden. Zudem dürfe die Rentenversicherung »weder die Arbeitszeiterfassung kontrollieren, noch Bußgelder bei einem Verstoß der Aufzeichnungspflicht verhängen«, kritisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund. Der CSU-Plan sei ein Freifahrtschein für schwarze Schafe unter den Arbeitgebern.

Mindestlohnkommission

Alle zwei Jahre entscheidet eine Kommission über die Weiterentwicklung des Mindestlohns. Neben dem Vorsitzenden, dem ehemaligen RWE-Arbeitsdirektor Jan Zilius, besteht diese aus jeweils drei Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern sowie zwei nicht stimmberechtigten Wissenschaftlern. Die Kommission soll sich bei ihrem Vorschlag an der Entwicklung der Tariflöhne orientieren. Auf Grundlage des Votums der Mindestlohnkommission erlässt die Bundesregierung eine entsprechende Rechtsverordnung. Ende Juni hat die Kommission erstmals einen Vorschlag gemacht. Demnach soll der Mindestlohn zum 1. Januar 2017 von 8,50 auf 8,84 Euro pro Stunde angehoben werden.

Foto: Werner Bachmeier

Zusteller bis 2018 benachteiligt

Bis Ende nächsten Jahres sollen Zeitungszusteller beim Mindestlohn weiter diskriminiert werden. Während andere Beschäftigte ab dem 1. Januar 2017 mindestens 8,84 Euro pro Stunde verdienen müssen, sind es bei Zustellern nur 8,50 Euro. Bis Ende 2016 erhalten Zeitungsboten sogar nur einen Mindestlohn von 7,23 Euro pro Stunde.

Mit einer wichtigen Einschränkung: Die Ausnahme gilt nur für diejenigen, die ausschließlich Zeitungen, Zeitschriften oder Anzeigenblätter mit redaktionellem Inhalt austragen. Wer auch Briefe oder Werbesendungen verteilt, erhält den vollen Mindestlohn. Das hat das Arbeitsgericht Gera in einem Urteil vom 12. Mai 2016 bestätigt. Geklagt hatte ein Kollege, der vor dem Austragen Werbeprospekte selbst in die Zeitungen einlegen muss. Die Richter entschieden: Solche Tätigkeiten fallen nicht unter die Ausnahmeregelung. Der vom DGB-Rechtsschutz unterstützte Kläger hat für die gesamte Arbeitszeit Anspruch auf den vollen Mindestlohn (5Ca 237/15).

INTERVIEW MIT GERHARD BOSCH

»Gigantische Fehlprognose«

Mindestlohn ist kein »Jobkiller«. Millionen profitieren

DRUCK+PAPIER: *Seit anderthalb Jahren gilt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn. Wie fällt Ihre Bilanz aus?*
Bosch: Außerordentlich positiv. Die Löhne sind kräftig gestiegen – gerade für Un- und Angelernte sowie in klassischen Niedriglohnbereichen. Also eine echte Verbesserung. Allerdings verdienen rund 1,4 Millionen Menschen immer noch weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Das liegt nicht nur an den Ausnahmen, sondern auch daran, dass Unternehmen den Mindestlohn umgehen – insbesondere bei den Minijobs. Es gab große Befürchtungen, der Mindestlohn könne negative Beschäftigungseffekte haben. Das ist nicht eingetreten. Stattdessen nimmt die Zahl der Arbeitsplätze zu – und zwar gerade in den Bereichen, in denen der Mindestlohn besonders greift.

Der Mindestlohn ist also nicht der vorhergesagte »Jobkiller«?
Ganz und gar nicht. Das war eine gigantische Fehlprognose, mit der sich die ganze Wirtschaftswissenschaft blamiert hat. Die Präsidenten der großen Institute haben 2008 in einem Aufruf von Arbeitsplatzverlusten im Westen von »erheblichen«, im Osten von »erschütternden Ausmaßen« gesprochen. Sie haben den Mindestlohn nicht empirisch untersucht, sondern ideologisch vorverurteilt. Zugleich haben sie die wenig später einsetzende Finanzkrise nicht vorausgesehen. Und trotzdem: Ihren Frieden hat die Zunft mit dem Mindestlohn immer noch nicht gemacht. Sicher wird jeder Beschäftigungseinbruch in künftigen Krisen mit dem Mindestlohn in Verbindung gebracht werden.

Für Langzeitarbeitslose, Minderjährige, Zeitungszusteller und andere gelten Ausnahmen. Hat sich das bewährt?
Die Regelung für unter 18-Jährige spielt eine geringe Rolle, weil die meisten in diesem Alter in der Schule oder Ausbildung sind. Die Ausnahme für Langzeitarbeitslose ist ein vollkommener Reinfall. Die Schlechterstellung von Zeitungszustellern war ein Ergebnis politischer Lobbyarbeit. Ende 2017 hat das glücklicherweise ein Ende. Die meisten Ausnahmen haben sich also nicht bewährt. Anders ist es in Fällen, in denen sehr niedrige Einkommen per Tarifvertrag langsam an den Mindestlohn herangeführt werden. Diese Regelung hat dazu geführt, dass in einzelnen Branchen wieder Tarifverhandlungen stattfinden, wo das lange nicht der Fall war.

Foto: Berliner Zeitung / Matthias Günther

Gerhard Bosch ist Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Uni Duisburg-Essen und war bis vor Kurzem Direktor des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ).

Manche Unternehmen versuchen, den Mindestlohn durch Tricks zu umgehen. Für wie groß halten Sie dieses Problem?
Es ist noch ziemlich groß. Dass 1,4 Millionen Beschäftigte immer noch weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen, kann man mit den Ausnahmen alleine nicht erklären. Und es ist vor diesem Hintergrund sehr bedenklich, dass sich die Zahl der Kontrollen des Zolls im vergangenen Jahr verringert hat.

Langfassung: www.drupa.verdi.de

Heimarbeiterinnen außen vor

Eine kaum bekannte Ausnahme vom Mindestlohn sind sogenannte Heimarbeiterinnen. Denn sie gelten nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – weshalb ihnen Schutzrechte wie der Mindestlohn vorenthalten werden. Ihre Entgelte werden von Heimarbeitsausschüssen festgelegt und liegen teilweise deutlich unter dem gesetzlichen Mindestlohn. So verdienen Heimarbeiterinnen, die Dekorationsartikel aus Papier und Pappe, Etiketten oder Glückwunschkarten herstellen, nur 7,20 Euro pro Stunde. Ebenso wenig erhalten Kolleginnen für buchbinderische Hilfsarbeiten. Für die Herstellung von Lampenschirmen in Heimarbeit gibt es in Westdeutschland zwischen 6,26 und 6,66 Euro pro Stunde, im Osten sogar nur 5,75 bis 6,11 Euro.

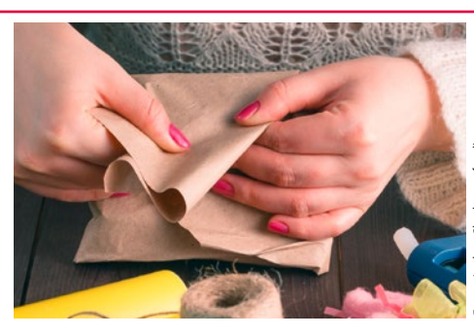


Foto: Andrey Cherkasov, fotolia

BUCHTIPP

Ein bewegtes Leben

Der Hamburger Gewerkschafter Günter Lucks schreibt über seine Kindheit zwischen Kommunismus und Hakenkreuz

»Der ewige Hilfsarbeiter.« So nennt sich der 87-jährige Günter Lucks selbst. Jahrzehntelang hat er an Rotationsdruckmaschinen in Hamburger Druckereien gearbeitet. In dieser Zeit hat er nicht nur 152 Kollegen für die Gewerkschaft gewonnen. Im heftigen Tarifkonflikt um die Einführung der 35-Stunden-Woche war er auch einer der Streikleiter bei Springer in Ahrensburg. »Das trug mir die Geschäftsleitung sehr nach und ich handelte mir ein Gerichtsverfahren ein«, berichtet Günter Lucks in einem Brief an die DRUCK+PAPIER. »Wie man sieht: Ein bewegtes und erfolgreiches Gewerkschaftsleben, und das nur als ›grafische Hilfskraft‹.«

Ein bewegtes Leben. In der Tat. Und das schon lange vor Beginn seiner gewerkschaftlichen Aktivität. Denn Günter Lucks wuchs in turbulenten Zeiten auf. Festgehalten hat er diese in einem spannenden Buch mit dem Titel »Der rote Hitlerjunge«. Lucks beschreibt darin, wie er im Hamburger Osten in einem proletarischen, politisierten Milieu aufwuchs. Die Eltern überzeugte Kommunisten, der Vater aktiv im »Rotfrontkämpferbund«, der Onkel Sozialdemokrat. Lucks erzählt aus der Perspektive des Kindes, das Aufmärsche am 1. Mai, Debatten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, Konflikte mit den Nationalsozialisten erlebt. Und schließlich die Niederlage: Die Machtergreifung 1933 und die Vernichtung der Arbeiterorganisationen.

Als Kindersoldat im Krieg

Doch den kleinen Günter zogen die Nazis in ihren Bann. Am 1. September 1939, dem Beginn des deutschen Überfalls auf Polen, trat er in die Hitlerjugend ein. 1945 zog er als gerade mal 16-Jähriger sogar freiwillig in den Krieg, landete bei der Waffen-SS – als Kindersoldat, wie man es heute nennen würde. Es folgten fünf Jahre in Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion.

Lange hat Günter Lucks seine schlimmen Erlebnisse verdrängt. Doch jetzt hat er sie in mittlerweile drei Büchern verarbeitet, die er gemeinsam mit dem Journalisten Harald Stutte verfasste. Das tat er nicht nur für sich. Er will auch den Jüngeren klarmachen, wie menschenverachtend die nationalsozialistische Ideologie ist. Darüber spricht er in Schulklassen als Zeitzeuge.

Günter Lucks/Harald Stutte: *Der rote Hitlerjunge. Meine Kindheit zwischen Kommunismus und Hakenkreuz*, Hamburg, Rowohlt, 2015, 233 Seiten, 9,99 Euro, Druck: CPI, Leck, ISBN: 978-3-499-62923-5

Auch gewerkschaftlich ist Günter Lucks stets aktiv geblieben – bis heute in der Seniorengruppe des ver.di-Fachbereichs in Hamburg. Zuvor war er viele Jahre Betriebsrat und Vertrauensmann, Delegierter zu fünf Gewerkschaftstagen der IG Medien, einige Jahre Bundesvorsitzender der Berufsgruppe Grafische Hilfskräfte.

Tatsächlich ein bewegtes Leben. Eines, von dem wir alle viel lernen können. **-hwu**

MELDUNG

Betriebsrat wird nicht gekündigt

Dieser Einschüchterungsversuch schlug gründlich fehl. Anfang Juni kündigte die Geschäftsführung von m.appl dem Betriebsratsvorsitzenden am Standort Wemding, Michael Kaag, fristlos und außerordentlich. Und das alles ohne schriftliche Begründung! Die Entlassung erfolgte just während der Neuwahl des Betriebsrats.

Die Belegschaft ließ sich davon nicht beeindrucken. Michael Kaag wurde wieder in den Betriebsrat und am 1. Juli erneut einstimmig zu dessen Vorsitzenden gewählt. Noch vor der für den 5. Juli anberaumten Güteverhandlung am Arbeitsgericht Donauwörth nahm der Arbeitgeber die Kündigung zurück.

»2014 haben sich Michael Kaag und seine Kollegen erfolgreich gegen die Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgelds gewehrt. Es drängt sich die Vermutung auf, dass dies eine Retourkutsche war«, erklärt ver.di-Sekretär Rudi Kleiber. »Es ist ein toller Erfolg, dass Belegschaft, Betriebsrat und ver.di das gemeinsam verhindert haben.«

MEIN STANDPUNKT

Was hältst du vom Tendenzschutz?

Foto: privat

Hinrik von Normann ist stellvertretender Betriebsratsvorsitzender beim *Bonner Generalanzeiger* und arbeitete dort im hauseigenen Druckzentrum, das im März geschlossen wurde.

Der Tendenzschutz in § 118 Betriebsverfassungsgesetz schränkt die Rechte von Betriebsräten in Medienbetrieben und Betrieben in kirchlicher Trägerschaft ein. So konnten wir bei der Schließung des Druckzentrums des *Bonner Generalanzeigers*, meines Arbeitgebers, keinen Interessenausgleich verhandeln, bei dem die Geschäftsführung mit uns über Alternativen zur Schließung hätte reden müssen. Nur die Folgen für die Entlassenen konnten wir durch einen Sozialplan mildern.

Die Mitbestimmung in den Betrieben ist durch die Gesetzgebung so schon beschränkt genug. Echte betriebliche Demokratie – einst ein Ziel der Arbeiterbewegung – findet sich auch ohne Tendenzschutz nicht im Betriebsverfassungsgesetz.

Dass dieses Demokratiedefizit in Medienkonzernen und kirchlichen Unternehmen noch stärker ausgeprägt ist, sichert weder die Presse- und Meinungs- noch die Religionsfreiheit. Der Tendenzschutzparagraf schützt einzig und allein die Profitinteressen der Verleger. Ihn abzuschaffen, wäre ein Schritt in Richtung Demokratisierung der Arbeitswelt. **-rwu**

GEWERKSCHAFTSGESCHICHTE

Kampf- und Solidargemeinschaft

Video von ver.di-TV zum Festakt in Berlin, inklusive einer Performance der Bremer Shakespeare Company: http://bit.ly/29ny049

Seit 150 Jahren streiten Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Festakt in Berlin.

»Gerechtigkeit steckt ver.di in den Genen.« Das stellte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bei einem Festakt am 28. Juni vor rund 200 geladenen Gewerkschafter/innen und Gästen in Berlin fest. Anlass war ein doppeltes Jubiläum: Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft besteht seit nunmehr 15 Jahren. Und vor 150 Jahren kamen 34 Buchdruckergehilfen vom 20. bis 22. Mai 1866 aus ganz Deutschland zusammen, um als Deputierte örtlicher und regionaler Buchdruckervereine in Leipzig den Verband der Deutschen Buchdrucker zu gründen – der in einer historischen Linie mit der späteren IG Medien und der heutigen ver.di steht.

Foto: Wolfgang Siesling

Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke spricht in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Harte Konflikte

Bsirske blickte in seiner Festrede auf die vergangenen 15 Jahre zurück, auf harte Konflikte und teilweise wochenlange Streiks, mit denen Beschäftigte Tarifverträge erkämpften. Als Beispiele nannte er die Druckerinnen und Drucker sowie die Journalist/innen an Tageszeitungen – Branchen, in denen immer wieder für den Erhalt der Tarifbindung gestreikt werden musste. Ziel sei es stets gewesen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen. »Wenn man uns in diesem Zusammenhang als besonders kampffreudig wahrnimmt, ist das eine Auszeichnung«, betonte Bsirske.

Den Grundstein legten vor 150 Jahren die Buchdrucker, die mit hohem persönlichen Einsatz einen ersten Tarifvertrag erkämpften. Bereits 1848 gab es einen ersten Entwurf, doch es dauerte weitere 25 Jahre, bis eine Regelung unter Dach und Fach war. Dazu nötig waren Streiks, auf die die Unternehmer vielfach mit Entlassungen reagierten. Aber der Leidensdruck war groß. Technische Umstellungen durch einen größeren Maschineneinsatz bedrohten Arbeitsplätze. Dies und der ausbeuterische Einsatz von Lehrlingen – die sogenannte Lehrlingszüchterei – führten dazu, dass nur wenige Buchdrucker von ihrer Arbeit leben konnten bzw. überhaupt noch Arbeit fanden. Sie setzten sich zur Wehr – und begründeten eine Bewegung, die bis heute für die Rechte der abhängig Beschäftigten streitet.

Ein Machtfaktor

»Gewerkschaften sind eine Kampf- und Solidargemeinschaft«, so der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Das gelte früher wie heute – auch wenn der Verband der Deutschen Buchdrucker eher eine konservative, statusbetonte und elitäre Gewerkschaft gewesen sei, die zum Beispiel die Mitgliedschaft von Frauen strikt ablehnte, was sich erst 1920 änderte.

Werneke würdigte auch die zentrale Rolle der Gewerkschaftszeitschrift *Der Correspondent*, die am 1. Januar 1863 zum ersten Mal herauskam. Der Vorläufer der DRUCK+PAPIER sei wichtig zur politischen Mobilisierung der Beschäftigten gewesen. Die Zeitung erschien bis zu drei Mal pro Woche und musste neben dem Mitgliedsbeitrag extra bezahlt werden.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) betonte, die Buchdrucker hätten als Gewerkschaft wegweisend agiert, kämpferisch und vor allem zäh. Sie hätten Umbrüche gemeistert – so wie Gewerkschaften es auch heute noch tun.

Auch Werneke stellte selbstbewusst fest: »Wir wären heute nicht da, wo wir sind – wenn es in den letzten 150 Jahren nicht die Menschen in den Gewerkschaften gegeben hätte, die für Fortschritt, Gerechtigkeit und Demokratie gekämpft haben.« Aller Schwierigkeiten und Niederlagen zum Trotz seien Gewerkschaften bis heute ein Machtfaktor: »Ohne uns sähen Arbeitswelt und Sozialstaat anders aus.«

HEIKE LANGENBERG

SEMINAR

Armut, Reichtum, Fluchtursachen

Bei den ver.di-DruckerTagen blicken die Teilnehmerinnen und Teilnehmer traditionell über den Tellerrand. Dieses Mal geht es vom 14. bis 16. Oktober (Achtung: Termin geändert!) in Gladenbach zum einen um Reichtum und Armut in Deutschland. Darüber referiert der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge von der Uni Köln. Zum anderen beschäftigt sich das Diskussionsforum mit dem aktuell wohl brennendsten gesellschaftlichen Thema: der Flüchtlingssituation. Conrad Schuhler vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) hält ein Referat mit dem Titel »Ursachen der Flucht – Krieg, Armut, Umweltkatastrophen, oder: der globale Kapitalismus«. Die DruckerTage stehen allen Gewerkschaftsmitgliedern branchenübergreifend offen.

14. – 16. Oktober 2016 im ver.di-Bildungszentrum Gladenbach, Seminargebühr: 50 Euro (Erwerbslose, Studierende und Azubis 20 Euro)

Dieses und weitere Seminare findet ihr unter: www.verlage-druck-papier.verdi.de/service/seminare

MELDUNGEN

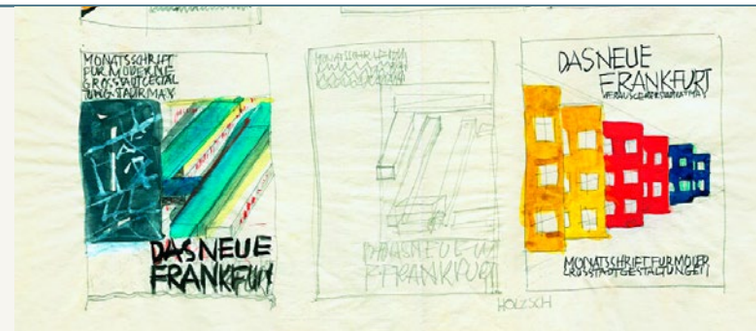
Ausbildungszahlen gehen zurück

In der Druck- und Medienwirtschaft wird weniger ausgebildet. 2015 hat sich die Zahl neuer Ausbildungsverträge nach Angaben des Unternehmerverbands vdm gegenüber dem Vorjahr um knapp 4,4 Prozent verringert. Besonders stark war der Rückgang mit rund 12,5 Prozent in der Druckverarbeitung. Auch im Beruf des Medientechnologen Druck wurden gut zehn Prozent weniger neue Ausbildungsverträge geschlossen als 2014. Einzig im Bereich der Mediengestaltung blieb die Zahl konstant. Insgesamt bildete die Druck- und Medienbranche 2015 in den drei Ausbildungsjahren 12.663 Azubis aus. 2014 waren es noch 13.167.

ver.di klagt gegen Tarifeinheitsgesetz

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz zur sogenannten Tarifeinheit eingelegt. Dieses sei »ein neues Instrument der Arbeitgeber zur Kostensenkung und Fragmentierung und Deregulierung der Tarifbindung«, heißt es in der Begründung. Laut Gesetz soll bei Tarifkollisionen – also zwei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb – nur die Vereinbarung derjenigen Gewerkschaft gelten, die mehr Mitglieder im Betrieb hat. Die Arbeitgeber hätten dadurch die Möglichkeit, sich die Betriebe so »zuzuschneiden«, dass der ihnen genehme Tarifvertrag zur Anwendung kommt, kritisiert ver.di. Der Parlamentsbeschluss verstoße gegen die Koalitionsfreiheit im Grundgesetz. ver.di sieht sich selbst davon betroffen – zum Beispiel in der Medienbranche. Das Verfassungsgericht will noch in diesem Jahr über die von ver.di und anderen Organisationen eingereichte Beschwerde entscheiden.

AUSSTELLUNG



Schluss mit

Die Ausstellung »Alles neu!« im Museum Angewandte Kunst in Frankfurt am Main zeigt, wie sich Schrift und Design in den 1920ern radikal verändert haben | KATHRIN HEDTKE

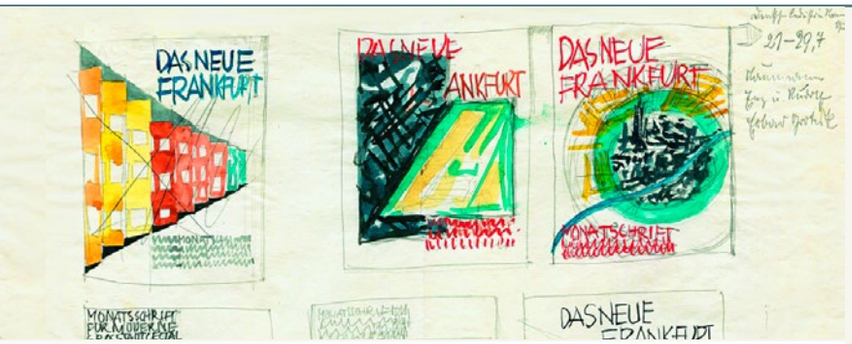
Die guten Wünsche schnörkeln sich auf bräunlichem Papier, ein Blumenstrauß mit Schleife ziert die Karte: Ihren »Gruß zum Jahreswechsel« verfasste die Typographische Gesellschaft in Frankfurt 1918 noch ganz altmodisch in Frakturschrift. Dagegen wirkt das leicht vergilbte Briefpapier in der Glasvitrine daneben richtig modern: Der Frankfurter Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker setzte 1924 auf klare Linien, verzichtete auf Schnickschnack. Und wenig später wollte die Ortsgruppe von Großbuchstaben nichts mehr wissen und druckte ihre Glückwünsche komplett in Kleinschrift. Ob auf Zeugnissen, Trauscheinen, Einladungen oder Werbeplakaten: In der Ausstellung »Alles neu! 100 Jahre Neue Typografie und Neue Grafik in Frankfurt am Main« im Museum Angewandte Kunst dreht sich alles um Buchstaben. Welche Schrift angesagt war, sagt viel über den Zeitgeist aus. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf den 1920er Jahren.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in der Metropole am Main das Projekt des »Neuen Frankfurt«, mit dem Ziel, die Stadt neu zu gestalten. »Das ›neu‹ meint hier das Andere, als Gegenteil der Norm und der Angepasstheit«, erklärt Museumsdirektor Matthias Wagner K. Das Projekt zielte vor allem auf Architektur, es gab einen engen Bezug zur Bauhaus-Bewegung. Doch der Wunsch nach Erneuerung drückte sich auch in Typografie und Design aus. Sogenannte Groteskschriften mit schlichten, geometrischen Buchstaben waren jetzt en vogue.

Am Bedarf orientiert

»Die Schrift war ein Symbol, eine Kampfansage gegen das Alte, für das Neue«, betont der Kurator Klaus Klemp. Der Kunsthistoriker bezeichnet die 1920er-Jahre als Wende zur modernen Schriftkultur. Die neue Typografie habe sich vor allem am »wirklichen Bedarf« orientiert: »Es gab einen sehr starken Bezug zur Anwendung.« Als Beispiel nennt er die Futura, die 1927 von Paul Renner im Umfeld des Neuen Frankfurt entworfen wurde und sich zu einer der erfolgreichsten Schriften weltweit entwickelte.

Vor allem Schriftgestalter, Buchdrucker und Setzer – also jene, die sich hauptberuflich damit beschäftigten – trugen zur Durchsetzung und Verbreitung der neuen Typografie bei. Dabei spielte der Bildungsverband der Buchdrucker eine wichtige Rolle, doch auch die in Frankfurt und Offenbach ansässigen Schriftgießereien. Drucker seien seit jeher



Schnörkeln

gewerkschaftlich organisiert gewesen und hätten sich als Elite der Arbeiterschaft verstanden, berichtet der Kurator. Sie organisierten Ausstellungen, förderten Austausch, besuchten Fortbildungen, kurzum: pflegten eine rege Kommunikation untereinander. So verbreitete sich die neue Schrift rasch. Auf der einen Seite seien Drucker – bis heute – sehr traditionsverbunden, so Klemp. »Auf der anderen Seite sind sie schnell auf die neue Typografie angesprungen.« Grund dafür war ihr hoher künstlerischer Anspruch.

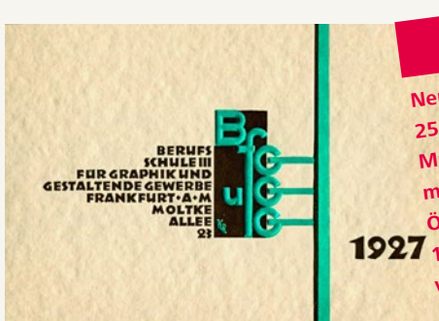
Schlichte Buchstaben

Bis Mitte der 1920er-Jahre seien Bücher und Zeitschriften in Frakturschrift gedruckt worden, sagt der Kurator. »Da fiel eine Anzeige in Groteskschrift natürlich auf.« Die Ausstellung zeigt zum Beispiel Werbung für Mercedes Benz von 1928: Schlichte Buchstaben und geometrische Muster verlaufen schräg über den Katalogumschlag, in der Mitte ein roter und ein blauer Lastwagen aus Strichen und Kreisen. Anderes Beispiel: Ein Kalender von 1928 aus zwölf weißen Karten – mit Figuren, die aus wenigen Linien bestehen, zusammengesetzt aus Bleielementen. Ein Paar auf einer Bank, eine Person mit Schlitten, eine andere im Liegestuhl. Wunderschön. Die Präsentation der Werke in der Ausstellung ist so schlicht wie das Design selbst. Die Drucke hängen an schwarzen Wänden – in erster Linie, um das empfindliche Papier vor Licht zu schützen. Doch es passt zum Thema.

Mit der Machtergreifung 1933 wollten die Nazis die Zeit zurückdrehen und propagierten die alte Schreibweise. »Die Frakturschrift galt immer als typisch deutsche Schrift«, betont Klemp. In einem Bilderrahmen im Museum hängen in chronologischer Reihenfolge drei Zeugnisformulare von 1926 bis 1934 nebeneinander: Nr. 1 in Frakturschrift, Nr. 2 in Groteskschrift, Nr. 3 wieder in Fraktur. Einige Schritte weiter folgen weitere Beispiele, so prangt eine blonde Frau mit Hut und Trachtenjacke auf dem Cover einer Illustrierten aus den 1930er-Jahren, darüber rote Schnörkelschrift.

Grotesk ist angesagt – bis heute

Nach Ende der NS-Zeit wurde an die Neue Typografie teilweise wieder angeknüpft. So zeigt unter anderem die Werbung für Wecker von Braun aus den 1960er-Jahren: Grotesk war wieder angesagt. Und ist es bis heute. Die Schrift findet sich auf jedem Computer – und an jeder Ecke. »Es ist die Schrift, die am meisten gebraucht wird«, sagt Klemp. Nicht mehr neu, aber immer noch modern.



Ausstellung »Alles neu! 100 Jahre Neue Typografie und Neue Grafik in Frankfurt am Main«; 25. März bis 21. August 2016 im Museum Angewandte Kunst, Schaumainkai 17, 60594 Frankfurt am Main; Öffnungszeiten: Di, Do – So 10 bis 18 Uhr, Mi 10 bis 20 Uhr. www.museumangewandtekunst.de

---

17. TAGE DER TYPOGRAFIE
GERADE
DESIGN UND SOZIALE VERANTWORTUNG

Die **17. Tage der Typografie** stehen unter dem Motto **»GERADE – Design und soziale Verantwortung«**. Sie finden vom **2. bis 4. September** in **Berlin-Wannsee** statt und verbinden fachliche Weiterbildung mit sozialem Engagement.
www.tage-der-typografie.de

TERMINE

Gegen TTIP und CETA

Als Teil eines breiten Bündnisses ruft der DGB für den 17. September in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart zu Großdemonstrationen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA auf. Die Aufrufer kritisieren, dass die geplanten Vereinbarungen mit den USA bzw. Kanada »vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben«. www.ttip-demo.de

Streikkonferenz

Vom 30. September bis 2. Oktober findet in Frankfurt am Main die dritte Konferenz »Erneuerung durch Streik« statt. Wie bei den Vorgängerveranstaltungen in Stuttgart und Hannover werden hunderte Kolleginnen und Kollegen über strategische Ansätze zur Stärkung der Gewerkschaften diskutieren. Veranstalter sind neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter anderem die ver.di-Jugend und der ver.di-Bezirk Frankfurt. www.rosalux.de/streikkonferenz

IMPRESSUM

DRUCK+PAPIER – die ver.di-Branchenzeitung – erscheint gedruckt für die Mitglieder der Alt-Fachgruppen Druckindustrie und Zeitungsverlage sowie Papier- und Kunststoffverarbeitung als Beilage zur ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK. 154. Jahrgang.
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand/Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Frank Bsirske und Frank Werneke.
Redaktion: Daniel Behruzi, Michaela Böhm, Andreas Fröhlich (verantwortlich), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030.6956-2318, Telefax: 030.6956-3654, drupa@verdi.de.
Design und Vorstufe: werkzwei, Detmold.
Druck: apm AG, Darmstadt.

HISTORISCHE SERIE

Collage: werkzwei

150 Jahre jung

Klar antifaschistisch

»Nur Mehrarbeit kann uns retten«, verlangten die Prinzipale in den Druckereien bald nach der Novemberrevolution von 1918 und liefen Sturm gegen eine ihrer wesentlichen Errungenschaften – den 8-Stunden-Tag. Doch zunächst ohne Erfolg: Zwar kam es in der Weimarer Republik nicht zur Bildung einer einheitlichen Organisation von Buchdruckergehilfen und anderen grafischen Verbänden. Dennoch konnten die Beschäftigten den 8-Stunden-Tag bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 verteidigen. Die Tarifarbeit wurde in dieser Zeit trotz der Regierungspolitik der Notverordnungen im »Graphischen Bund« koordiniert.

Korrespondent
für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Allerdings waren die deutschen Gewerkschaften im Angesicht des heraufziehenden braunen Terrors uneins. Der *Korrespondent* für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer nahm dank seiner Redakteure klare antifaschistische Positionen ein: Karl Schaeffer geißelte die wirtschafts- und tarifpolitisch reaktionäre Rolle der letzten Reichsregierungen in den Jahren vor 1933. Und Karl Helmholz griff die Nazis frontal an. Auch als Verantwortlicher für den »Korrespondenzteil« holte er entsprechende Beiträge ins Blatt. So entgegnete der Kollege M.B. aus der Nähe von Bremen in Ausgabe 96 einem Schreiber aus Hannover, der mit Berufung auf »Gedankenfreiheit« gewisses Verständnis für Nazi-Anhänger geäußert hatte:

Korrespondent
für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Verboten!

Der Polizeipräsident

Verbot

»Die Freiheit der Gedanken ist in der Gewerkschaftsbewegung wahrhaftig gesichert. Soll etwa diese ›Freiheit‹ so weitgehend werden, dass unsere Versammlungen mit hakenkreuzgeschmückten Subjekten geziert sind? Unsere Zurückhaltung dem Gegner gegenüber hat uns viel zu viel geschadet … Wenn heute Gewerkschafter Mitglied der NSDAP sind, werden sie dort gewiss die Vorbereitung finden für den nächsten Streikbruch. Sie werden eingespannt in die berüchtigte Zellenarbeit, die systematisch das Feld für die Nazipropaganda vorarbeitet … Durch eine Toleranz des Faschismus aber werden wir niemals geordnete Arbeitsverhältnisse wieder erleben. Kampf und nochmals Kampf diesen braunen Söldlingen des Kapitals!«

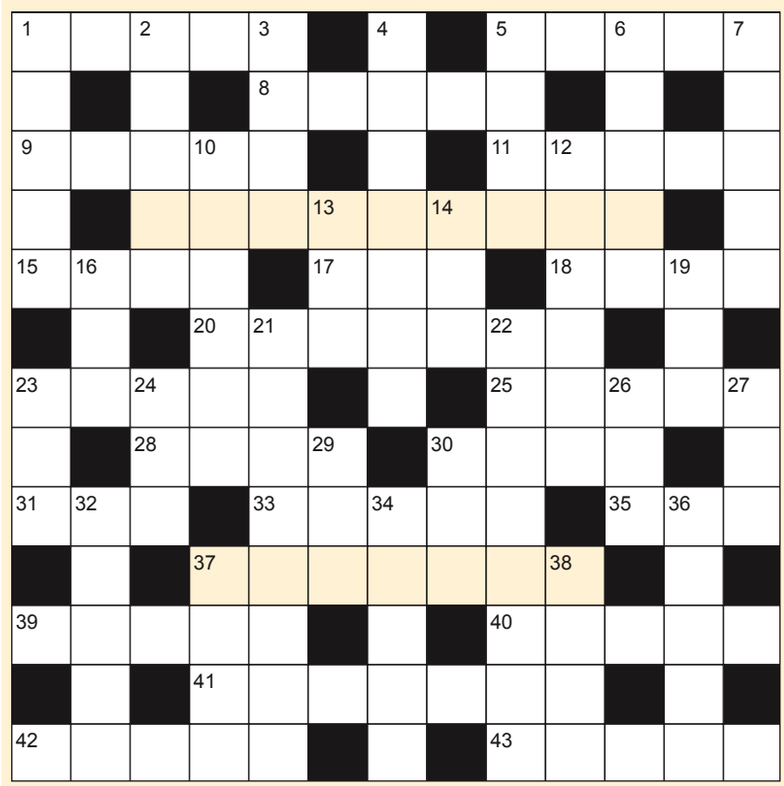
Nach der Machtergreifung, im März 1933, wurde der *Korrespondent* vorübergehend verboten. Als Anlass diente ein Artikel zum Todestag des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert. **-neh**

Quelle: library.fes.de/gewerkzs/korrespondent/1866/pdf/1866-049.pdf

PREISRÄTSEL

Waagerecht: 1 Hasenlager, **5** Mienenspiel, **8** Gartenhäuschen, **9** Hauptstadt von Tibet, **11** Flachland, **15** Musikzeichen, **17** franz.: König, **18** Truppenspitze, **20** Verwundung, Verletzung, **23** Edelstein mit erhaben geschnittener Darstellung, **25** Währungseinheit in Russland, **28** Küchengewürz, **30** niedere Wasserpflanze, **31** Drehpunkt, **33** amerik. Physiker, † 1943, **35** witziger Einfall, **39** Stimmlage, **40** Laubbaum, **41** baltischer Staat, **42** südamerik. Gebirge, **43** Richtschnur, Norm.

Senkrecht: 1 Empfangs-, Gesellschaftszimmer, **2** schmale Öffnung, **3** Schwung, Begeisterung, **4** zweifelhafte Forderung (Mz.), **5** Gewässer, **6** Unkrautpflanze, Nelkengewächs, **7** Rückentragekorb, **10** Zahl, **12** Hintergehung, Täuschung, **13** Westeuropäer, **14** Gefrorenes, **16** Wind am Gardasee, **19** Aufgussgetränk, **21** Vorgesetzte, **22** Ferienreisender, **23** Landspitze, **24** Zeichen, Fleck, **26** höherer türk. Titel, **27** Schiffsgeschwindigkeitsmesser, **29** Satz zusammengehöriger Dinge, **30** engl. Bier, **32** Weltmeer, **34** kurz gebratene Fleischscheibe, **36** Fahrzeugteil für die Radaufhängung, **37** Hafendamm, **38** germanisches Schriftzeichen.



An unserem DRUCK+PAPIER-Preisrätsel können wieder alle ver.di-Mitglieder teilnehmen. Das Lösungswort, das sich in den eingefärbten Kästchen ergibt, ist diesmal die Bezeichnung eines Berufs im grafischen Gewerbe, der schon vor vielen Jahren »ausgestorben« ist. Bitte das Lösungswort auf einer Postkarte oder über das Internet (drupa@verdi.de, bitte dabei unbedingt die vollständige Postadresse angeben!) bis zum **20. August 2016** senden an:

Redaktion DRUCK+PAPIER
c/o ver.di-Bundesvorstand
Stichwort Preisrätsel
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Unter den Einsender/innen der richtigen Lösung verlosen wir – unter Ausschluss des Rechtswegs – folgende Preise:

1. Preis: 100 Euro Geschenkgutschein
2. – 3. Preis: Vordenker und Strategen – Die Gewerkschaftspresse im grafischen Gewerbe und ihre Redakteure seit 1863. Autor Rüdiger Zimmermann
4. Preis: ver.di – Obstschneideset
5. – 7. Preis: ver.di – Kunstkalender 2017
8. Preis: ver.di – Powerbank
9. Preis: ver.di – Kaffee aus fairem Handel (250g)

Die **Auflösung** des Rätsels und die Namen der **Gewinner/innen** finden sich in der nächsten Printausgabe von DRUCK+PAPIER.